

## **NEIN zur Aufhebung des PJZ-Gesetzes**

**Der Zürcher Kantonsrat wollte das vom Volk verabschiedete PJZ-Gesetz aufheben, weil er nicht bereit war, den Volkswillen umzusetzen. Das ist undemokratisch.**

Von Markus Schaaf, EVP-Kantonsrat, Rämismühle

Das Zürcher Stimmvolk stimmte im Jahr 2003 dem PJZ-Gesetz zu. Damit wurde die Regierung beauftragt, ein Gebäude zu planen und zu bauen, welches Polizei- und Justizbehörden als Büro-, Verwaltungs- und Ausbildungsgebäude dienen soll. Zudem sollte in diesem Gebäude dringend benötigte Gefängnisplätze untergebracht werden.

Während der mehrjährigen Planungszeit erfuhr das Projekt verschiedene Phasen der Veränderung, bis es schliesslich dem Kantonsrat zur Bewilligung des Baukredits vorgelegt wurde. Am 20.09.2010 lehnte der Kantonsrat den Kredit für das PJZ ab. Eine knappe Mehrheit aus SVP, Grüne, GLP und EDU war nicht willens, den Volksentscheid vom 30. November 2003 umzusetzen. Damit wurde eine Pattsituation geschaffen. Das Stimmvolk verabschiedete ein Gesetz und das Parlament weigerte sich, dieses umzusetzen. Folgerichtig beantragte der Regierungsrat, das Gesetz aufzuheben.

Ich empfehle, die beantragte Aufhebung des Gesetzes abzulehnen. Andernfalls würde eine 60 Millionen teure Planungsleiche geschaffen, die anstehenden Aufgaben wären weiterhin nicht gelöst und werden immense Summen kosten.

Mit dem Bau vom PJZ sollten folgende Probleme gelöst werden:

- Ersatz für die sanierungsbedürftigen Gebäude auf dem Kasernenareal
- Ersatz für das provisorische Polizeigefängnis PROPOG
- Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten fürs Bezirksgefängnis
- Unterbringung der gemeinsamen Polizeischule von Stadt- und Kantonspolizei
- Unterbringung für das neu geschaffene Forensische Institut

Die Mitglieder der EVP-Kantonsratsfraktion sind nicht an Parteigezänk interessiert. Vielmehr wollen wir, dass jetzt rasch Lösungen gefunden und umgesetzt werden. Wir sind nach wie vor vom Projekt PJZ überzeugt und sind der Meinung, dass dieses Gesetz nicht einfach von Parlament aufgehoben werden darf, ohne dass das Zürcher Stimmvolk noch einmal Stellung dazu nehmen kann.

Wenn das Zürcher Stimmvolk der Aufhebung des Gesetzes zustimmt, sind damit die anstehenden Probleme nicht gelöst. In diesem Fall wird sich die EVP im Kantonsrat dafür einsetzen, dass Polizei- und Justizbehörden möglichst rasch zu geeigneten Gebäulichkeiten kommen. Es wird dann aber sicher nur die zweitbeste Lösung sein – und wohl kaum die günstigere.

Ich empfehle deshalb ein „NEIN zur Aufhebung des PJZ-Gesetzes“ und sage damit JA zum Bau des geplanten Polizei- und Justizzentrums.

(Die EVP-Beschlussfassung der Parteigremien folgt baldmöglichst)

Zürich, 9. April 2011/ms

Für Auskünfte:

---

Markus Schaaf, EVP-Kantonsrat, Rämismühle P+G: +41 (0)52 396 44 55 N: +41 (0)78 707 00 66 markus@schaaf.ch